

Beschwerde gegen Änderung im Bürgerfunk

ERSTELLT 08.03.07, 14:13h

Köln - Der Landesverband Bürgerfunk NRW will gegen das geplante Landesmediengesetz vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Der Anwalt des Verbands kündigte am Donnerstag in Köln Verfassungsbeschwerde für den Fall an, dass die im Januar beschlossene Novelle des Gesetzes nicht noch geändert werde. Die Novelle sieht eine Einschränkung des Bürgerfunks in Nordrhein-Westfalen vor. Ein vom Landesverband in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten sieht nun die Meinungsvielfalt bedroht. Die geplante Verschiebung des Bürgerfunks auf landesweit einheitlich 21 Uhr schränke die Meinungsvielfalt im Lokalfunk erheblich ein. (dpa)